

LESERMEINUNG

Ein doppeltes Nein löst die Probleme nicht

In den letzten Tagen wurde immer wieder der Vorschlag für ein doppeltes Nein propagiert. Wollen wir diese Schlammschlacht tatsächlich weiterführen? Wollen wir die Gräben, die zwischen Freunden und Familien aufgerissen wurden, noch vertiefen? Das kann und darf doch nicht unser Ziel sein.

Wir alle wissen, dass bei einem doppelten Nein unsere Fürstenfamilie in Zukunft nicht mehr in Liechtenstein wohnen wird. Die Folgen für unser Land wären katastrophal. Das Vertrauensverhältnis in der Finanzplatz würde noch grösseren Schaden nehmen, was in Liechtenstein unweigerlich zu höheren Steuern, höheren Hypothekenzinssätzen, höheren Mieten, den Verlust von Arbeitsplätzen etc. führen würde.

Liechtensteins Zukunft steht tatsächlich auf dem Spiel. Nur mit einem klaren Ja zum Verfassungsvorschlag unseres Landesfürsten und Erbprinzen und einem ebenso klaren Nein zur so genannten Friedensinitiative können wir unsere Stabilität und einen gewissen Wohlstand für unsere Kinder und Kindeskinde erhalten.

Helfen Sie mit, diesen Verfassungsstreit endlich zu beenden.

David Vogt, Rheinstrasse 54, Balzers

FORUM

Der Staatsgerichtshof spielt Katz und Maus

Für Demokraten scheint es derzeit unmöglich, vor einem liechtensteinischen Gericht Recht zu bekommen: Da arbeitet die VBI alle Mängel der bevorstehenden Abstimmung über die Fürsteninitiative heraus – wirft dem Fürsten gar Rechtsverletzung vor – und kommt dann doch zu dem nicht nachvollziehbaren Schluss, dass dies alles durch die umfassende Information «geheilt» sei. Der Staatsgerichtshof (StGH) geht nicht einmal so weit: Die Quintessenz seiner abschlägigen Entscheidung erschöpft sich in der banalen Feststellung, die Beschwerdeführer hätten den Zeitpunkt für ihre Eingabe nicht ganz richtig getroffen.

Einer 150seitigen, juristisch fundierten, vom Ethos der Verteidigung der Demokratie getragenen Beschwerdeschrift wird lapidar entgegengehalten, sie sei vier Tage (!) zu früh gekommen. Bei allem gebotenen Respekt vor unseren Gerichten: Da fragt man sich schon, was für Vorstellungen von der Würde eines Höchstgerichts und von der Qualität eines letztinstanzlichen Urteils die Richter in diesem Fall hegten. – Ja woher hätten die Beschwerdeführer denn wissen können und sollen, welches der definitiv richtige Zeitpunkt für die Beschwerde ist, ist die Rechtslage hier doch völlig unklar, wie aus den Ausführungen des StGHs selbst hervorgeht. Da muss doch die Differenz einiger Tage für den richtigen Eingabe-Termin abgewogen und für leicht befunden werden im Vergleich zu der auf dem Spiel stehenden Sache!

Die Entscheidung des StGHs grenzt an Rechtsverweigerung. Die Vermutung drängt sich auf, dass er hier einer politischen heiklen Frage durch eine rein formalistische Argumentation aus dem Weg gehen wollte. Durch eine Strategie, die sich flexibel anwenden lässt. Hätten die Beschwerdeführer zugewartet, hätte es einfach heissen können, es sei für die Beschwerde zu spät. Wie bei «Igel und Hase» oder «Feggi und Möli» – sie konnten wohl nur verlieren.

Aber wie sollen schon Richter über eine Beschwerde entscheiden, wenn ihre künftige Wiederernennung im Amt – bei Annahme der Fürsteninitiative – voll und ganz vom Beschwerdegegner abhängen wird.

Für den Arbeitskreis
Demokratie und Monarchie
Der Ausschuss

Zwei Walter Kieber

Ich möchte klarstellen, dass es sich bei dem in Zeitungsmeldungen zusammen mit Alfred Hilbe und anderen Personen genannten Walter Kieber um den damaligen Vorsteher von Schellenberg handelt.

Dr. Walter Kieber,
Alt-Regierungschef, Schaan

Richtigstellung

Die Äusserungen der VU «Wir sind keine Beuge- oder Schwenkpartei» lassen sich nicht mit der Aussage vom Präsidium und Landesvorstand am VU-Parteitag «Die Lösung liegt in der Beibehaltung der bestehenden Verfassung von 1921» in Einklang bringen (Samstagsausgabe Vaterland). Wenn die VU um das Wohle der Staatsbürger besorgt wäre, würde sie dem Fürstenhaus nicht wieder die 21er-Verfassung aufzudrängen versuchen und wenn sie nicht schon vergessen hätte, dass der Auslöser des Verfassungsstreits auf die 21er-Verfassung zurückzuführen ist, die auch sie als veraltet und nicht mehr zeitgemäss angesehen hat. Nur mit einem Neubeginn, verbunden mit einem Ja zur Fürsteninitiative ist uns Liechtensteinern eine konstruktive Mitarbeit unseres regierungserfahrenen und weitsichtigen Fürstenhauses zugesichert.

Heinrich Frick, Franz-Josef-Oehri-Strasse 376, Mauren

So viel Zeit muss sein

Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner
Bitte nehmt euch die paar Minuten Zeit, um die Gedanken von Dr. Peter Marxer zum Verfassungsfrieden, abgedruckt in der Volksblatt Ausgabe vom Samstag, 22. Februar auf den Seiten 7 und 8 mit dem Titel «Verlieren wir unsere innere Einheit?», zu lesen. Zum Standpunkt von Dr. Peter Marxer, Land-

tagsabgeordneter von 1966 bis 1982 und Ehrenpräsident der FBP, stehe ich mit vollster Überzeugung. Für seine Courage im Interesse unserer Zukunft danke ich ihm. Ich denke, dass es unserer Regierung und den FBP-Landtagsabgeordneten, als Hauptverantwortliche unserer Zukunft, zu denken geben müsste. Ein stolzer Liechtensteiner und überzeugter Monarchiefreund.
Martin Büchel, Rotengasse 340, Ruggell

Organisationstalent der LBA

Das sie nicht in der Lage sind den öffentlichen Verkehr bei uns im Lande zu disponieren, zeigte sich am Sonntag den 23. Februar einmal mehr. Seit fast zwei Wochen herrscht super Wintersportwetter. Das Radio L bringt folgende Verkehrsinfo am Sonntag um 10 Uhr: «Parkplätze in Malbun belegt!»

Mann könnte glauben man sitze im falschen Film, aber es ist Tatsache, die LBA führt genau nach Fahrplan und bietet nicht einen Zusatzbus an nach dieser Verkehrsmeldung im Radio L! Dafür übervolle Busse, in denen die Sicherheit der Fahrgäste in Frage gestellt werden muss.

Die Verantwortlichen des öffentlichen Verkehrs kümmert dies überhaupt nicht. Die leidtragenden sind wieder einmal die Chauffeure, die sich an einem schönen Sonntag so manche Vorwürfe anhören müssen.

Jan Alické, Balzers

Verfassungsabstimmung: Nein-Parole?

Die Parteileitung der VU empfiehlt ihren Anhängern die Nein-Parole zur Verfassungsinitiative des Landesfürsten. «Will man Demokratie und auch Monarchie nicht gefährden, so gibt es zum doppelten Nein

keine Alternative», meint der VU-Präsident im Liechtensteiner Vaterland. Dies ist in meinen Augen ein Trugschluss. So einfach ist die Angelegenheit leider nicht mehr, ob uns das nun passt oder nicht.

Der Fürst hat seine Initiative mit der Vertrauensfrage verbunden. Bei einer Ablehnung wird die Fürstenfamilie also wegziehen, den Wohnsitz nach Wien verlegen. Wenn eine grosse Partei wie die Vaterländische Union heute die Nein-Parole beschliesst, so sagt sie damit: Fürst, deine Zeit ist abgelaufen, wir haben das Vertrauen in dich verloren.

Wenn dem so ist, dann müsste die Parteileitung dazu stehen und ihren Mitgliedern dies auch so sagen. Wer jedoch sagt, bei einer Ablehnung der Verfassungsinitiative des Fürstenhauses bleibe alles beim alten, der übersieht (absichtlich?) ein paar aktuelle Fakten und die damit verbundenen Konsequenzen.

Eine Monarchie mit einem in Wien residierenden Monarchen ist für mich kein wünschbarer Zustand. Wir brauchen keine Pseudo-Monarchie. Wenn die Funktion des Monarchen nur noch auf dem Verfassungspapier existiert und nicht mehr gelebt wird, so fehlt uns eine wichtige Ressource. Wenn dieser Fall eintritt, dann müssen wir über die Staatsform nachdenken, bzw. uns eine republikanische Verfassung geben. Ich wünsche mir jedoch, dass dies aufgrund reiflicher Überlegung und zum Wohl des Landes geschieht und nicht aus einer Trotzhaltung heraus.
Hansrudi Sele, Pradafant 1, Vaduz

Für Gott, Fürst und Vaterland

Der Brief mit dem Aufkleber und seiner Aussage, am 20. Februar als Wurfentsendung in alle Haushaltungen gesandt, bewegt mich diesen Brief zu schreiben. Ich bin eine Frau, geboren

in Liechtenstein, ich schätze die Staatsform meiner Heimat, Fürst und Volk sehr. Ich besuchte im Herbst eine Veranstaltung der FBP zur Meinungsbildung über die Verfassungsinitiative des Fürsten. Die Information über die Fürsteninitiative war gut, leider dominierte die Angst über eine mögliche Abreise des Fürsten.

Am 17. Februar besuchte ich die Veranstaltung der verschiedenen Parteien und Organisationen zum Thema Verfassungsfrieden in Ruggell. Der Abend war sehr informativ und der Inhalt der Friedensinitiative gefällt mir gut. Ich denke, so ungefähr müsste ein gesundes Miteinander von Fürst und Volk in einer überarbeiteten Verfassung verankert werden. Meine Erlebnisse der letzten Jahre, unter anderem die Art und Weise, wie wir zu einem Erzbistum «ge Macht» wurden, bringen mich nun zum Entschluss, ein Nein für die Fürsteninitiative einzulegen. Öffentliche Diskussionen und Gespräche in den nächsten Wochen werden mich zu einem doppelten Nein oder zu einem Ja für die Friedensinitiative führen. Marianne Krampl-Goop, Schellenberg

HINWEIS

Damit unter der Rubrik «Leserbriefe» möglichst viele Meinungen Platz finden, ersuchen wir unsere Leserbriefschreiberinnen und -schreiber, sich kurz zu halten. Belebend wirken Leserbriefe nur, wenn sie kurz und prägnant verfasst sind, ansonsten bewirken sie das Gegenteil. Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leserinnen und Leser, als Limite eine max. Anzahl von 2500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, zu lange oder Leserbriefe mit ehrverletzendem Inhalt abzulehnen. Überdies bitten wir, uns die Leserbriefe bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen.
redaktion@volksblatt.li

«Typisch liechtensteinisch»

... und ich hoffe dies auch in Zukunft

für unser Fürstentum Liechtenstein!

«Seine Durchlaucht war sehr freundlich und mich beeindruckte seine sympathische und absolut unkomplizierte Art, uns Jungbürgerinnen und Jungbürger auf Schloss Vaduz zu empfangen», erinnert sich Christian Casutt aus Mauren mit herzlichen Gefühlen. «Ich spürte beim persönlichen Gespräch mit dem Landesfürsten, dass er nicht nur zuhörte, sondern sich für die Anliegen, Anregungen und das Befinden der Jugendlichen über ihre Zukunft sehr interessierte. Er ging auf uns zu und nahm sich für alle Zeit. Der Besuch auf Schloss Vaduz anlässlich der Jungbürgerfeier war für mich tatsächlich etwas ganz Besonderes. Die Möglichkeit, mit einem Fürsten – dem Staatsoberhaupt – einfach so ein Gespräch führen zu können, mit einem Glas Wein anzustossen, hat man höchstwahrscheinlich nur bei uns in Liechtenstein», ist Christian überzeugt. Er kann dies wohl gut einschätzen, ist er doch Zahnmedizin-Student in Zürich und in permanentem Kontakt mit anderen jugendlichen Staatsangehörigen, die sich so etwas gar nicht so richtig vorstellen können. Und schon ganz und gar nicht, dass sich die Fürstliche Familie anlässlich dem Staatsfeiertag ohne ein Heer von Bodyguards inmitten unter das Volk mischt. Christian Casutt ist begeistert: «Das ist typisch liechtensteinisch und ich hoffe, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Die Fürstenfamilie hat dem Land viel gebracht und bringt uns heute noch sehr viel. Die Fürstenfamilie ist meines Erachtens ein wichtiger Teil unseres Lebens, unserer Identität und unseres nationalen Erbes, auf das wir stolz sein dürfen.»



Christian Casutt: «Die Fürstenfamilie bringt unserem Land sehr viel.»